

VORLAGE

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1993

- Drucksache 11/5510 -

Personalhaushalt

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Unterausschusses "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses

Berichterstatter: Abgeordneter Peter Bensmann CDU

Beschlußempfehlung:

Der Unterausschuß "Personal" empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, den
Personaletat unter Berücksichtigung der sich aus der Anlage ergebenden Änderungen
zu beschließen.

Bericht

Der Unterausschuß "Personal" des Haushalts- und Finanzausschusses hat den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 1993, soweit er den Personaletat betrifft, in seinen Sitzungen am 15. Juni 1993 und 31.08.1993 beraten.

Die Anträge der Fraktionen und die jeweiligen Abstimmungsergebnisse sind aus der Anlage ersichtlich.

In der Gesamtabstimmung wurde das Nachtragshaushaltsgesetz 1993 - Drucksache 11/5510 - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Peter Bensmann
Vorsitzender

Anlage
Beslußvorlage

Haushaltsgesetz

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
HG/1a	CDU	§ 7a des Haushaltsgesetzes wird um folgenden Absatz 6 ergänzt: "(6) Vor jeder Inanspruchnahme einer besetzbaren Planstelle oder Stelle ist zu prüfen, ob diese Planstelle oder Stelle mit einem Stelleninhaber einer mit kw-Vermerken belasteten Verwaltung besetzt werden kann. Bei Vorliegen der Eignungsvoraussetzungen soll diesem Bediensteten die Stelle übertragen werden." Begründung: Die Ergänzung ist zur beschleunigten Realisierung von kw-Vermerken erforderlich.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja
HG/1b	CDU	Die Landesregierung informiert den Unterausschuß "Personal" Ende 1993 und anschließend vierteljährlich über die tatsächliche Realisierung derjenigen kw-Vermerke, die mit dem Nachtragshaushalt 1993 zur Umsetzung der Organisationsgutachten der Landesregierung beschlossen sind.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Einzelplanübergreifend

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
AUG/1a	F.D.P.	<u>Einzelpläne 03, 04, 12</u> 1. Für die Bereiche Polizei, Steuerfahndung und Strafvollzug werden die Phasenverschiebung, die Stellenbesetzungssperre und die Ersatzbeförderungssperre rückwirkend zum 1. Januar 1993 aufgehoben. 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, die sich daraus ergebenden Stellenhebungen in den Nachtragshaushalt 1993 einzustellen. 3. Die dadurch entstehenden Mehrausgaben sind durch eine entsprechende Kürzung der sächlichen Verwaltungsausgaben zu decken. <u>Begründung:</u> Der Kampf gegen die steigende Kriminalität erfordert die Bündelung aller Kräfte. Dazu gehört neben den verfassungsrechtlichen und organisatorischen Maßnahmen auch eine Stärkung der individuellen Leistungskraft und Leistungsbereitschaft der mit der Bekämpfung der Kriminalität befaßten Beamten; vor allem der Polizei, der Steuerfahndung und des Strafvollzuges. Ein Leistungsanreiz liegt in der Verbesserung der Beförderungsmöglich-	abgelehnt nein SPD Enthaltung CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Einzelplanübergreifend

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
nach ALLG/1		keiten. Die Obergrenzen sind durch Bundesgesetz vorgegeben; daher ist der Spielraum gering. Gerade deswegen sollte das Land Nordrhein-Westfalen diesen seinen geringen Spielraum nutzen. Das Land schöpft die ihm nach § 26 Bundesbesoldungsgesetz und den dazu ergangenen Rechtsverordnungen vorgegebenen Obergrenzen für Beförderungssämter nicht aus! Durch die - bei der Aufstellung der Stellenpläne durch den Haushaltsaufstellungserlaß des Finanzministeriums verordnete dreijährige Phasenverschiebung bei der Schlüsselung von Stellenzugängen - im Haushaltsgesetz 1993 enthaltene Stellenbesetzungs- und Ersatzbeförderungssperren bleiben die in den Stellenplänen verbindlich ausgebrachten Planstellen aus rein fiskalischen Erwägungen hinter dem rechtlich Möglichen und dem unter dem Gesichtspunkt sachgerechter Bewertung Erforderlichen zurück.	
ALLG/2	GRÜNE	Die Fraktion DIE GRÜNEN stellte den oben unter ALLG/1 aufgeführten Antrag mit der Ergänzung "Betriebsprüfung" nach dem Wort "Steuerfahndung" in Ziffer 1. Dieser Antrag wurde vor Antrag ALLG/1 zur Abstimmung gestellt.	abgelehnt SPD nein CDU Enthaltung F.D.P. Enthaltung GRÜNE ja

Einzelplan 01 - Landtag

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
01/1		Kapitel 01 010 - Landtag Titel 426 10 1. Wegfall von kw-Vermerken an 3 Stellen Lohngruppe 3 MTL 7 Stellen Lohngruppe 2 MTL 2. Die Landtagsverwaltung wird gebeten, im Rahmen der Haushaltsberatungen 1994 eine Vorlage zur künftigen Organisation des Reinigungsdienstes zu erstellen. 3. Eine weitere Beratung soll anläßlich des Haushalts 1994 erfolgen.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/1		<u>Kapitel 03 010 - Ministerium</u> <u>Titel 422 10</u> Es wird folgende redaktionelle Korrektur vorgenommen: Bes.Gr. A 16 bisherige Stellenzahl 1993: 31 Änderung im Nachtrag 1993: +1 (unverändert) neue Stellenzahl 1993: 32	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. abwesend GRÜNE ja

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/02	SPD	<u>Kapitel 03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen</u> <u>Titel 422 10</u> Der Ansatz von 2.357.883.900 DM wird um 1.200.000 DM erhöht auf 2.359.083.900 DM Zugang von Planstellen 625 Stellen Bes.Gr. A 9 m.D. 375 Stellen Bes.Gr. A 8 m.D. Abgang von Planstellen 625 Stellen Bes.Gr. A 7 375 Stellen Bes.Gr. A 7 <u>Begründung:</u> Durch die Umwandlung der Planstellen der Bes.Gr. A 9 m.D. nach Bes.Gr. A 10 g.D. im Rahmen der Überleitung vom mittleren in den gehobenen Polizeivollzugsdienst ist es zu einer Verschlechterung der Beförderungsmöglichkeiten von A 7 nach A 8 und von A 8 nach A 9 gekommen, die vor allem die Beamten des Wach- und Wechseldienstes betrifft. Die Umwandlung von Stellen in den gehobenen Dienst hat zudem zu einer Unterschüsselung des mittleren Dienstes	einstimmig angenommen SPD ja CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE Enthaltung

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
noch 03/2		geführt. Zur Lösung dieser beiden Probleme in einem mehr-jährigen Verfahren sind im Nachtragshaushalt 1993 in ei-nem ersten Schritt 375 Planstellen von A 7 nach A 8 und 625 Planstellen von A 8 nach A 9 m.D. umzuwandeln. Daraus ergeben sich: 1.000 Beförderungsmöglichkeiten nach A 8 625 Beförderungsmöglichkeiten nach A 9	

Einzelplan 03 - Innenministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
03/3		Kapitel 03 310 - 5 Regierungspräsidenten Titel 422 10 Zugang von Planstellen 1 Stelle Bes.Gr. A 15 - kw zum 31.12.1995 <u>Begründung:</u> Zur Nachbesetzung einer Stelle des höheren Dienstes für einen vom Regierungspräsidenten Düsseldorf an die Landtagsverwaltung abgeordneten Beamten ist die Einrichtung einer Planstelle der Bes.Gr. A 15 BBesO mit einem kw-Vermerk zum 31.12.1995 für den Regierungspräsidenten Düsseldorf erforderlich. Der abgeordnete Beamte ist in der Landtagsverwaltung als Ausschußassistent mit der Betreuung des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform befaßt. Eine Nachbesetzung der Planstelle beim Regierungspräsidenten ist insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der abgeordnete Beamte im Bereich der kommunalen Aufsicht tätig gewesen ist, unabweisbar. Freie Planstellen des höheren Dienstes sind nicht vorhanden.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. abwesend GRÜNE ja

Einzelplan 04 - Justizministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
04/01	CDU	<u>Kapitel 04 020 - Allgemeine Bewilligungen</u> <u>Titelgruppe 65</u> Es wird eine neue Titelgruppe 65 mit der Zweckbestimmung "Ausgaben im Zusammenhang mit der Umsetzung des Asylkommisses", mit gegenseitig deckungsfähigen Titeln für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionsausgaben" und mit einem Gesamtansatz von bis zu 18 Mio. DM ausgebracht. <u>Begründung:</u> Es ist erforderlich, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für das seit dem 1. Juli 1993 geltende Asylverfahren zu treffen. Erforderlich sind 112 zusätzliche Verwaltungsrichter mit entsprechendem Unterbau sowie die Schaffung von 900 zusätzlichen Abschiebehaftplätzen. Der Mittelbedarf für diese Maßnahmen wird auf 18 Mio. DM geschätzt (Vierteljahresbedarf). Dieser Bedarf wird gedeckt durch eine entsprechende hohe Ansatzreduzierung bei den Kostenerstattungen an die Träger der Sozialhilfe gem. § 6 Abs. 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Der entsprechende Deckungsantrag wird im Haushalts- und Finanzausschuß gestellt.	abgelehnt SPD CDU F.D.P. GRÜNE nein ja abwesend nein

Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
06/1	F.D.P.	<u>Kapitel 06 010 - Ministerium</u> <u>Titel 422 10</u> Zugang von Leerstellen 1 Stelle Bes.Gr. A 15 BBesO (Landtag) - kw - <u>Kapitel 06 131 - Universität zu Köln</u> <u>Titel 422 10</u> Abgang von Leerstellen 1 Stelle Bes.Gr. A 15 BBesO (Landtag) - kw - <u>Begründung:</u> Es handelt sich um 1 Leerstelle für einen Referenten der F.D.P.-Landtagsfraktion, die zunächst im nachgeordneten Bereich ausgebracht worden war. Es entspricht dem üblichen Verfahren nach den von der Landesregierung beschlossenen "Richtlinien über die Beurlaubung von Beamten für Aufgaben bei den Fraktionen" vom 15. Februar 1990, daß diese Stellen bei den obersten Landesbehörden ausgebracht werden.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. abwesend GRÜNE Enthaltung

Einzelplan 12 - Finanzministerium

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
12/1	F.D.P.	<u>Kapitel 12 010 - Ministerium</u> <u>Titel 422 10</u> Zugang von Leerstellen 1 Stelle Bes.Gr. A 14 BBesO (Landtag) <u>Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Finanzämter</u> <u>Titel 422 10</u> Abgang von Leerstellen 1 Stelle Bes.Gr. A 14 BBesO (Landtag) <u>Begründung:</u> Es handelt sich um 1 Leerstelle für einen Referenten der F.D.P.-Landtagsfraktion, die zunächst im nachgeordneten Bereich ausgebracht worden war. Es entspricht dem üblichen Verfahren nach den von der Landesregierung beschlossenen "Richtlinien über die Beurlaubung von Beamten für Aufgaben bei den Fraktionen" vom 15. Februar 1990, daß diese Stellen bei den obersten Landesbehörden ausgebracht werden.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. abwesend GRÜNE Enthaltung

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
13/1		Der Unterausschuß "Personal" nimmt die Ausweisung von 176 kw-Vermerken bei den Vorprüfungsstellen zur Kenntnis. Der Präsident des Landesrechnungshofes hat dieser Veranschlagung in der Sitzung des Unterausschusses "Personal" mündlich unter der Voraussetzung zugestimmt, daß das Kabinett die entsprechende - mit ihm abgestimmte Kabinettsvorlage - beschließt.	einstimmig angenommen SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja

Gesamtabstimmung

Lfd. Nr.	Antrag der Fraktion		Abstimmungsergebnis im Unterausschuß
		Gesamtabstimmung über den Nachtragshaushalt 1993	angenommen SPD ja CDU nein F.D.P. abwesend GRÜNE nein